

CDU schaltet Kommunalaufsicht ein

bc. Stade. Die CDU-Stadtratsfraktion in Stade will von der Kommunalaufsicht prüfen lassen, ob Bürgermeisterin Silvia Nieber (SPD) rechtswidrig gehandelt hat, als sie im März per Dienstanweisung Politikerbesuche in Schulen und anderen städtischen Einrichtungen vier Wochen vor der Kommunalwahl am 11. September verbot. Zwei Fragen soll Landrat Michael Roesberg überprüfen: Besagt der Runderlass des Kultusministeriums, auf den sich Nieber bezieht, dass Politiker in Zeiten von Wahlkämpfen Schulen nicht besuchen dürfen? Und: Ist es zulässig, dass die Bürgermeiste-

rin die Dienstanweisung unter Bezugnahme auf den Erlass an Lehrkräfte und Schulleitungen herausgibt? CDU-Fraktionschefin Kristina Kilian-Klinge: „Es drängt sich der Verdacht auf, dass Schulleitungen angenommen haben, es seien keinerlei Veranstaltungen mit Politikern nach den Sommerferien möglich, somit auch keine Podiumsveranstaltungen für ihre Schüler.“ Dabei wäre dies möglich gewesen.

Wie berichtet, kochte das Thema hoch, nachdem der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vize-Bürgermeister Oliver Grundmann Absagen von zwei städtischen Schulen kassierte.